Neubrandenburger Zeitung

23.01.2017



Garagennutzer müssen bald das Fünffache bezahlen

Die Neuwoges will zunächst für drei wohngebietsnahe Garagenkomplexe Vertragsänderunger durchsetzen. Das bedeutet auch Preiserhöhungen. Der Mieterbund hofft auf Hilfe aus der Stadtpolitik

NEUBRANDENBURG. Hier herrscht Winterruhe. In den Garagen in der Villejuifer Straße und am Neuen Fried-hof in der Oststadt ist am Vorhof in der Oststadt ist am Vor-mittag kein Mensch zu sehen. Keine Wunder, die Besitzer haben ihre Gefährte warm und trocken untergestellt und warten, dass es draußen wieder weniger winterlich zu-geht. Etliche Rentner besitzen hier eine Rehausung für den hier eine Behausung für den vierrädrigen Freund. Zum Teil zu DDR-Zeiten mit eige-

Teil zu DDR-Zeiten mit eigenen Händen hochgezogen.
Doch wer an diesen beiden
Standorten oder im Komplex
John-Schehr-Straße eine
Garage nutzt, muss in den kommenden Tagen mit Post
von der Neubrandenburger
Wohnungsgesellschaft (Neuwoges) rechnen. Inhalt dieser
Schreiben sind Angebote zur Anderung der bestehenden
Verträge, erklärt NeuwogesSprecher Marthias Trenn. Und
diese neuen Verträge, die ab
1. januar 2018 gelten sollen,
werden für manche Garagennutzer ein harter Schlag
ins Kontor sein. Denn neben
nderen vertraglichen Anders ins Kontor sein. Denn neben anderen vertraglichen Anpassungen sind höhere Mietkossungen sind höhere Mietkos-ten fällig, 33 Euro monatlich plus Mehrwertsteuer werden künftig aufgerufen, kündigt die Neuwoges an. Das bedeu-tet für einige Garagennutzer mit alten Verträgen, die bis-her rund 90 Euro im Jahr zahlen, eine Verfünfächung. Das kann is wohl nicht

"Das kann ja wohl nicht wahr sein", schimpft Hans-Joachim Blank, als er davon

erfährt. Der Oststädter ist einer derjenigen, die am Ende der Niels-Stensen-Stra-ße einen Unterstand für ihren fahrbaren Untersatz zu alten Konditionen besitzen. Er habe seine Garage 1990 ge-kauft, von seinem ehemaligen Betriebsdirektor, der sie selbst gebaut hatte. "Dann können wir aber wohl auch erwarten, dass endlich etwas gemacht wird", nimmt er den Vermie-ter in die Pflicht. Genau das sei geplant, heißt es von der Neuwoges. Sislang habe das Unternehfahrbaren Untersatz zu alten

Bislang habe das Unterneh-Bislang habe das Unternen-men nur die Grundstücks-fläche zur Verfügung gestellt. Die Instandhaltung der Ge-bäude, Tore oder Wege oblag laut Vertrag den jeweiligen Nutzern. Dennoch habe das Wohnungsunternehmen Wohnungsunternehmen immer wieder größere Be-träge für den Erhalt der Garagenstandorte und die Verbesserung der Sicherheit investieren müssen. Und die

tigen Verträgen würden seit mehreren Jahren nicht meh die Aufwendungen der Garagenbewirtschaftung decken.

Wohngebietsnahe Standorte sollen attraktiver werden

sollen attraktiver werden "Ab 1. Januar werden wir für die betroffenen Standorte vollumfänglich allein verant-wortlich sein", so Neuwoges-Geschäftsführer Frank Be-nischke. Dies sei besonders bei uschwebistensber Grager wohngebietsnahen Garagenkomplexen erforderlich, um die Attraktivität der Standorte die Attraktivität der Standorte zu steigern und den Kunden bestmöglichen Service zu bie-ten. Die höhere Miete solle auch für Investitionen in die Sicherheit und Infrastruktur genutzt werden. Zunächst sind laut Neuwoges etwa 170 Nutzer betroffen, in ab-sebbaren Zeit sollen 500 weite. sehbarer Zeit sollen 500 weite re Verträge angepasst werden Insgesamt bewirtschaftet die Neuwoges 4800 Garagen.



Die Schreiben an die Nut-zer würden neben dem neu-en Vertragsangebot auch eine vorsorgliche Kündigung zum 31. Dezember 2017 enthalten, teilt der Vermieter weiter mit Wer also die neue Offerte aus Wer also die neue Offerte ausschlägt, muss nach Ablauf der Kündigungsfrist seine Garage räumen. Das Schuldrechts-anpassungsgesetz biete die Grundlage für dieses Han-deln, erklärt die Neuwoges. "Das stimmt leider", be-stätigt Rechtsamwalf Jochen Lansky. Die von der Neuwoges angelijn diere Behähung sei

angekündigte Erhöhung sei angekundigte Erhöhung sei schon heftig, aber eine recht-liche Handhabe dagegen gebe es für die Mieter vermutlich nicht, schätzt der Vorsitzende des Deutschen Mieterbunds Neubrandenburg ein. Man müsse sicherlich noch den genauen Inhalt der Schreigenauen Inhalt der Schreiben abwarten und prüfen. aber die gesetzliche Grundla aber die gesetzliche Grundla-ge gebe es nun mal her. Der angekündigte Mietpreis sei angesichts von monatlichen Kosten für einen Außenstell-platz von 20 Euro pro Monat in anderen Wohnanlagen "nicht außerhalb des Mark-tes", aber bedeute für einige Garagempieter, eben einen Garagenmieter eben einen

Garagenmieter eben einen extremen Sprung.
Insofern habe dieses Thema auch eine politische Komponente, bringt Lansky eine andere Verantwortung ins Spiel. Menschen, die vor Jahren mit eigenen Händen ihre Garage erbaut und viel Herzblut hineingesteckt hätten, müssten die Möglichkeit haben, diese weiter bezahlen haben, diese weiter bezahlen zu können. Der Neubran zu können. Der Neubran-denburger Mieterbund-Chef wünscht sich eine Sozialklau-sel in den neuen Garagenver-rägen und hofft, dass sich vielleicht Stadtvertreter über den Aufsichtsrat der Neuwo-sei in das Thema einschaften. ges in das Thema einschalten

Kontakt zum Autor